



## **„Leitprojekte der SPD Thüringens in den Jahren 2001 – 2004“ Positionspapier des Landesverbandes der SPD Thüringen**

Wir wollen ab 2004 in Thüringen den Ministerpräsidenten stellen. Voraussetzung dafür ist, dass wir verlorenes Vertrauen zurückgewinnen – mit Engagement, Kompetenz, Offenheit und eigenem Profil.

Aufbauend auf dem Grundsatzprogramm der SPD Thüringen vom 2. Mai 1998 und dem Sozialdemokratischen Regierungsprogramm zur Thüringer Landtagswahl 1999 wird sich die SPD Thüringen in den kommenden Jahren schwerpunktmäßig den im folgenden beschriebenen politischen Leitprojekten widmen.

In diesem Zusammenhang konzentrieren wir unsere Aktivitäten stärker als bisher auf folgende Bereiche.

- die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements der Thüringerinnen und Thüringer beim weiteren Aufbau unseres demokratischen Gemeinwesens
- die Erschließung aller arbeitsmarktpolitischen Potenziale, um bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen; insbesondere um junge Menschen in Thüringen zu halten, sowie arbeitslosen Bürgern in Thüringen wieder eine Arbeitsplatzperspektive zu geben
- die kommunale Handlungsebene als direkte Verbindung zu unseren Bürgern
- die Verbesserung der Bildung, beginnend bei Schule und Lehre über Studium bis zur Weiterbildung als Schlüssel für das 21. Jahrhundert
- die Aktionsbereiche der Sport-, Kultur-, Freizeit- und Heimatvereine in unseren Dörfern und Städten, welche die Lebensqualität vor Ort entscheidend prägen
- die zügige Vollendung des deutschen Einigungsprozesses, insbesondere die dringend erforderliche Angleichung der Lebensverhältnisse und Einkommen
- die Politikbereiche, in denen unsere SPD-geführte Bundesregierung maßgeblich auf die Lebensverhältnisse auch in Thüringen Einfluss nehmen kann.

Die Schwerpunktthemen und deren Zielstellungen müssen aus allen Handlungsebenen des Landesverbandes heraus, insbesondere aber durch unsere Kommunalpolitiker, die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag vertreten und für unsere Bürger wahrnehmbar vermittelt werden.

## **Leitprojekte:**

### **Bürgerorientierte Kommunalpolitik**

Wir wollen die Politik und Verwaltung in Kommunen und Kreisen stärker an den Bedürfnissen einer modernen Bürgergesellschaft orientieren.

Das bedeutet erstens, die Verwaltung als Dienstleistung zu gestalten.

Mit diesem Ziel muss die Verwaltung umfassend modernisiert, müssen die Mitarbeiter entsprechend qualifiziert werden.

Das System der Gebühren für Verwaltungsleistungen muss auf den Prüfstand.

Die Bürger brauchen möglichst wohnortnahe Anlaufstellen, zu denen sie mit allen Anliegen kommen können. Diese Stellen nehmen Fragen, Anträge etc. entgegen und übernehmen alle weiteren notwendigen Behördenschritte und internen Abstimmungen. Gleichzeitig sollen Bürger die Möglichkeit erhalten, per Internet Verwaltungsvorgänge zu erledigen oder Informationen einzuholen.

Zum Zweiten wollen wir für interessierte Bürger bessere Möglichkeiten schaffen, auf Planungsentscheidungen Einfluss zu nehmen. Existierende Pilotprojekte wie z. B. Planungszellen mit Bürgerbeteiligung sind auszuwerten und die Einführung gut funktionierender Modelle in Thüringer Kommunen und Kreisen muss vorangetrieben werden.

### **Direkte Demokratie**

Wir wollen, dass Bürger in wichtigen Fragen der Landes- und Kommunalpolitik direkt entscheiden können. Dazu werden die Verfahren und Voraussetzungen so gestaltet, dass Volksabstimmungen auch praktisch möglich werden. Wir orientieren uns dabei an Bundesländern, in denen funktionierende Modelle für direkte Demokratie existieren.

Sollte die jetzt angestrebte Volksabstimmung nicht zum Erfolg führen, werden wir dieses Ziel auf parlamentarischem Weg weiter verfolgen.

### **Im Zentrum der Mittelstand**

Kleine und mittlere Unternehmen sowie Selbständige bilden das Rückgrat der Thüringer Wirtschaft. Sie sind der Garant für Wirtschaftswachstum, Flexibilität, sozialen Fortschritt, Beschäftigung und Ausbildung.

Ihre wirtschaftliche Leistungskraft gilt es zu stärken.

Hierzu ist es notwendig, in Thüringen ein positives Klima für unternehmerische Tätigkeit zu schaffen, um Existenzgründern und Unternehmern den Zugang zu Förderprogrammen und Beteiligungskapital zu erleichtern, den Zugang zu Innovation und technischem Know How zu ermöglichen und ein wirksames Förderinstrumentarium zur Unternehmenspflege und zu Konsolidierungsmaßnahmen vorzuhalten.

Da kleine und mittlere Unternehmen im Normalfall nicht über einen Stab an Spezialisten im Umgang mit Gesetzesregelungen, Behörden und Verwaltungen verfügen, sind die Verwaltungen so zu organisieren, dass sie unternehmerfreundlich, schnell und zeitnah agieren.

## **Regionale Netzwerke für Wachstum**

Zum Neuaufbau, zur Weiterentwicklung und zur Pflege von Netzwerken aus Industrie, Mittelstand, Forschungseinrichtungen sowie Hochschulen und Gebietskörperschaften ist es notwendig, ein Thüringer Inno Regio-Programm aufzulegen. Es soll auf absehbare Zeit einen Beitrag zur verstärkten Ansiedlung zukunftsorientierter Wirtschafts- und Branchenstrukturen in den Regionen Thüringens leisten.

## **Gründerzeit**

Die bestehenden Förderprogramme für Existenzgründer tragen im Regelfall nicht dem Umstand Rechnung, ein innovatives Unternehmen während und nach der Gründungsphase sicher in den Markt einzuführen. Risiken und Chancen werden deshalb oft nicht oder erst verspätet erkannt.

Benötigt wird deshalb ein Existenzgründerprogramm, das bis zu zwei Jahre lang die Nutzung externen Sachverständigen zur Begleitung des unternehmerischen Handelns als auch zur Entwicklung der Marktfähigkeit seiner Produkte fördert. Die weitere Einrichtung regionaler Gründerzentren ist deshalb zu unterstützen.

## **IT-Studienland Thüringen**

Das Angebot bei Lehrstuhl- und Ausbildungskapazitäten in den Fachbereichen der Informationstechnologien (IT) muss dem stark angewachsenen Bedarf dringend angepasst werden.

Personalkostenbudgetierung, flexible Haushalte der Hochschulen und die Einführung einer Erprobungsklausel im Thüringer Hochschulgesetz versetzen unsere Hochschulen besser in die Lage, sich den neuen Anforderungen einer modernen Ausbildung in den Informationstechnologien zu stellen.

Neue Netzwerke, beginnend in den Schulen über Unternehmen bis zu den Hochschulen, sollten geschaffen werden, um Jugendliche frühzeitig und praxisorientiert in diese Technologien einzuführen und um besonders Spitzenbegabungen zu fördern.

Um mit dem hohen Tempo der technologischen Entwicklungen Schritt zu halten, wollen wir die Entwicklung neuer Studienpläne und Prüfungsordnungen für erfolgreiche berufsbegleitende Studiengänge vorantreiben.

Der Weiterbildung muss insbesondere im IT-Bereich auch an unseren Hochschulen ein höherer Stellenwert beigemessen werden.

## **Student und Unternehmer**

Studenten und Doktoranden, die während ihrer universitären Ausbildung Fertigkeiten und Verfahren entwickelt haben, die kommerziell vermarktungsfähig sind, sollten die Möglichkeit erhalten, analog zu US-amerikanischen Universitäten, an der Hochschule den Aufbau einer wirtschaftlich selbständigen Existenz vorzubereiten.

Dazu gehört auch eine Hilfestellung, um die Gründer mit potentiellen Kapitalanlegern zusammenzuführen.

Synergieeffekte mit anderen Lehrstühlen, die Nutzung von Techniken, Apparaturen und Logistik unter dem Dach der Universität sollen zu diesem Zweck ausgebaut werden.

## Thüringen mobil

Eine moderne und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist und bleibt ein wesentlicher Faktor für Wirtschaft und Wachstum. Zur Sicherung ihres Ausbaus ist es notwendig, zusammen mit dem Bund auch die Möglichkeiten von alternativen Finanzierungen auszuloten. Dadurch könnten bestimmte, für das Land notwendige Verkehrsprojekte, sowohl zeitlich beschleunigt, als auch ihr Baubeginn vorgezogen werden.

Eine Finanzierung Thüringer Verkehrswege über Maut lehnen wir dagegen strikt ab.

Wir werden dafür sorgen, dass der weitere Ausbau des Bundesstraßennetzes in Thüringen gesichert wird.

Der Zustand der Thüringer Landesstraßen entspricht qualitativ in vielen Bereichen nicht mehr den notwendigen Erfordernissen. Mögliche Mehreinnahmen des Landes sollten deshalb dazu verwendet werden, ein Sofortprogramm für Ortsumgehungen und die Verbesserung der Qualität der thüringischen Landesstraßen aufzulegen.

Wir wollen den ÖPNV in Thüringen sowohl qualitativ als auch quantitativ in seiner Struktur erhalten. Dies bedeutet, dass zur Gewährleistung eines flächendeckenden und bezahlbaren ÖPNV nach wie vor die Finanzhilfe für die anteilige Deckung von Betriebskostendefiziten durch das Land sichergestellt sein muss.

Einem Rückzug des ÖPNV aus der Fläche muss entgegen gewirkt werden.

Dies gilt auch unter den veränderten Bedingungen einer zukünftigen Liberalisierung in der EU.

Die Schienenfernverkehrswege Thüringens besitzen eine erhebliche überregionale Bedeutung. Daraus ergeben sich besondere qualitative Anforderungen. Insbesondere muss auf die Deutsche Bahn-AG eingewirkt werden, die notwendigen Sanierungsarbeiten an der Mitte-Deutschland-Schienenverbindung so zügig wie möglich durchzuführen, damit endlich diese dringend benötigte leistungsfähige Ost-West-Verbindung voll nutzbar wird.

Der Neubau der ICE-Strecke Nürnberg-Berlin über Erfurt muss zügig fortgesetzt werden.

Der technische Standard im regionalen Schienenverkehr ist zu modernisieren. Der weitgehende Erhalt und das Betreiben dieses Schienennetzes ist infrastrukturell lohnenswert und ökologisch sinnvoll.

Vorrang muss der Ausbau der vorhandenen Schienenverbindung auch für den Gütertransport haben.

Von Abbestellung oder Stilllegung bedrohte und betroffene Strecken sollten im Zusammenwirken mit regionalen Verkehrsträgern und Transportunternehmen über die Form der Kooperation mit der Deutsche Bahn-AG bzw. durch Privatisierung weiter betrieben werden.

Das Land als zuständiger Auftraggeber für den Nahverkehr der DB AG muss darauf achten, dass bei Ausschreibung über zu privatisierende Strecken des Nahverkehrs weiterhin Tarifverträge einzuhalten sind.

Verkehrsverbünde zwischen Straßen und schienengebundenen Verkehrsträgern werden wir auch in Zukunft bestmöglich unterstützen.

## **Solide Haushalten**

Die Neuverschuldung des Freistaates muss schrittweise auf Null zurückgeführt werden. Finanzielle Handlungsspielräume sind unerlässlich, damit der Staat seine grundlegenden Aufgaben der Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge erfüllen kann. Eine durchschaubare und nachvollziehbare Darstellung aller finanziellen Lasten, die mit dem Landeshaushalt zusammenhängen, ist die Voraussetzung für eine solide Politik zur Stabilisierung des Haushaltes. Eine entscheidende weitere Voraussetzung ist die Modernisierung der Landesverwaltung auf der Grundlage eines ganzheitlichen Konzeptes. Erst dadurch können die Kostenstrukturen des Verwaltungshandelns, kann der Bedarf an Personal ermittelt werden. Unter Beteiligung der Beschäftigten und der Bürger sind die Einrichtungen des Landes so zu gestalten, dass sie alle erforderlichen Leistungen kostengünstig und qualitativ hochwertig erbringen können.

Die Vorlage eines Subventionsberichtes soll regelmäßig Anlass für die Überprüfung und Effizienzkontrolle aller Zuwendungen und Zuschüsse geben.

Eine Umstrukturierung der landeseigenen Förderinstrumente im Interesse der schnelleren Anpassung an den tatsächlichen Förderbedarf ist in Angriff zu nehmen.

## **Finanzierung der Kommunen**

Die Finanzausstattung der Kommunen ist mindestens auf dem gegenwärtigen Niveau zu halten.

Bei der Übertragung neuer oder der Ausweitung bestehender Aufgaben ist den Kommunen der Finanz- und Sachaufwand durch den Freistaat Thüringen auszugleichen.

## **Schöner Wohnen**

Die bedarfsgerechte Sanierung des Wohnungsbestandes in Thüringen muss weiter gefördert werden.

Wir wollen, dass die Wohnumfeldverbesserung in unseren Plattenbausiedlungen ihren hohen Stellenwert behält. Diese muss dazu mit sozialpolitischen, kulturellen, jugendpolitischen sowie Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes verknüpft werden.

Zur Umsetzung derartiger ganzheitlicher Stadtentwicklungskonzepte fordern wir von der Bundesregierung und von der Landesregierung eine Aufstockung der Mittel für das Programm „Soziale Stadt“.

In Gebieten mit strukturell bedingtem hohem Leerstand ist eine Unterstützung der Wohnungsunternehmen bei Rückbau bzw. Abriss notwendig und eine anteilige Übernahme der Altschulden durch Bund und Land erforderlich.

Im Interesse der strukturellen Stärkung der Innenstädte ist den dortigen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen absoluter Vorrang gegenüber weiteren Baumaßnahmen auf der „grünen Wiese“ einzuräumen.

In diesem Zusammenhang muss der Einfluss und die Verantwortung der Regionalplanung verstärkt werden.

Wir wollen die Thüringer Bauordnung im Sinne des behindertengerechten und barrierefreien Bauens novellieren und die Umsetzung dieser Vorschriften zielstrebig unterstützen.

## **Arbeitsmarkt kreativ begleiten**

Solange in bestimmten Wirtschaftsbereichen mehr Stellen abgebaut werden, als in anderen Branchen zeitgleich geschaffen werden können, ist es notwendig, der Arbeitsmarktpolitik einen hohen politischen Stellenwert einzuräumen.

Die Träger von Beschäftigungsmaßnahmen müssen auch weiterhin durch das Land auf hohem Niveau finanziell begleitet werden.

Die Verlässlichkeit und Kontinuität der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ist im Interesse der Betroffenen und der Maßnahmeträger deutlich zu verbessern. Dazu gehört auch, aufstrebende Wirtschaftszweige in Thüringen durch gezielte Qualifizierung von Arbeitskräften zielgerichtet zu fördern.

Angesichts der absehbaren Bevölkerungsentwicklung und der starken Abwanderungsbewegung, insbesondere der jungen, gut qualifizierten Fachkräfte aus Thüringen, muss ein Bündel von Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, das es uns ermöglicht, unseren Bürgern und den Thüringer Standorten eine gesicherte Perspektive zu schaffen.

Dazu gehört auch die Schaffung von Anreizen durch unsere mittelständischen Unternehmen, um junge Fachkräfte hier zu binden. Vermögensbeteiligungen, Fahrtenzuschüsse sowie Unterstützung bei der Wohnraumbeschaffung sind denkbar.

Weiterhin müssen vorhandene lokale Beschäftigungsinitiativen und regionale Verbände unter Einbeziehung der spezifischen EU-Fördermittel stärker zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation vor Ort genutzt werden.

Dabei wollen wir die vorgesehenen EU-Fördermittel gezielt für solche Projekte einsetzen, die insbesondere Frauen, aber auch Jugendliche und junge Erwachsene sowie Langzeitarbeitslose wieder aussichtsreich in das Erwerbsleben eingliedern können.

Die schnellstmögliche Angleichung der Löhne an das Westniveau ist zwingend.

Nur so können wir auf Dauer unsere qualifizierten Fachkräfte in Thüringen halten.

Um wieder Anschluss zu finden an das beschleunigte Wachstum in den alten Bundesländern, wird dringend ein weiteres Infrastrukturförderprogramm für mindestens 4 Jahre in Form einer Investitionspauschale pro Einwohner für anstehende Investitionen und Arbeitsplätze in den Kommunen aus Bundes- und Landesmitteln benötigt.

Weiterhin brauchen wir bezüglich der Berufsausbildung bis zu einer absehbaren Normalisierung der Entwicklung der starken Jahrgänge eine Fortsetzung des Programms „JUMP“ im bisherigen Umfang.

## **Frauen**

Frauen sollen und wollen in Thüringen in ihren unterschiedlichen Lebenslagen gleichberechtigt und frei von gesellschaftlichen Einschränkungen ihre Plätze wählen, das bedeutet selbstverständlich einen Beruf auszuüben.

Die Chancengleichheit bei Berufswahl und Aufstiegsmöglichkeiten steht für sie im Arbeitsleben an erster Stelle. Deshalb setzen wir uns für die Umsetzung des Thüringer Gleichstellungsgesetzes über Frauenförderpläne und für die Frauenförderung in der Privatwirtschaft ein.

Wir wollen für Mütter und Väter die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreichen und dafür unterstützen wir ein flächendeckendes, finanzierbares Angebot an Kinderbetreuung vom Kleinkind bis zum Schulkind. Damit wir familiärer Gewalt entgegen-treten, fordern wir die umgehende Einberufung eines Landesbeirates zur Ausarbeitung und Umsetzung eines Landesaktionsplanes zur Bekämpfung häuslicher Gewalt.

## **Soziale Verantwortung stärken**

Wir wollen auf der Grundlage einer umfassenden Sozialplanung in Thüringen feste Stellen im Sozialbereich schaffen und fachgerecht besetzen. Sie sollen analog zur Jugendpauschale die soziale Infrastruktur langfristig unabhängig von der Arbeitsmarktpolitik und damit von der Jährlichkeit der Zuschüsse machen.

Den sozialen Verbänden muss auf Dauer ihre Arbeitsmöglichkeit unabhängig von der Förderung durch die Arbeitsverwaltung gewährt werden.

## **Ein familienfreundliches Land**

Ein familien- und somit kinderfreundliches Thüringen ist ein Ziel unserer Politik. Unter Familie verstehen wir jede Art von Lebensgemeinschaft, in der ein oder mehrere Kinder leben.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Standard an Kindergarten- und Hortplätzen in Thüringen gehalten wird. Darüber hinaus fordern wir, einen Ausbau der Kinderkrippenplätze. Kinderkrippe, Kindergarten und Hort müssen für alle Eltern finanziell erschwinglich sein. Es darf nicht dazu kommen, dass nur bestimmte Bevölkerungsgruppen sich Kinder leisten können. Die Angebotene Dienstleistungen zur Kinderbetreuung sollten pädagogisch untersetzt und mit ausreichendem Fachpersonal ausgestattet sein. Alternative Konzepte im Bereich der Kinderbetreuung sind gleichberechtigt zu behandeln.

Unsere Arbeitsmarktpolitik ist darauf ausgerichtet, dass Eltern, welche nach dem Erziehungsurlaub wieder in das Berufsleben einsteigen wollen, gezielte Weiterbildungs- und Fördermaßnahmen erhalten. Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass es Eltern ermöglicht wird verschiedene Arbeitszeitmodelle für sich in Anspruch zu nehmen. Elternschaft und Berufsleben dürfen sich nicht konträr zueinander verhalten.

## **Jugend fordern – Jugend fördern**

Wir wollen ein kreatives und vielseitiges Freizeitangebot unter stärkerer Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen auf den vorhandenen Strukturen weiter entwickeln.

Wir treten entschieden für die Fortführung der Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme (JANA, JOB, JUMP) auf Landesebene für junge Leute ein.

Unsere Jugendlichen müssen wir bessere Möglichkeiten erschließen, sich stärker in Politik einmischen zu können. Wir setzen uns deshalb für die Gründung von Kinder- und Jugendparlamenten sowie für das aktive kommunale Wahlrecht ab 16 Jahre ein.

Die demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft müssen dringend erfolgreicher vermittelt werden. Wir setzen uns deshalb für ein Landesförderprogramm ein, mit dessen Hilfe insbesondere Schulen und gesellschaftliche Kräfte in diesem Anliegen unterstützt werden.

Im Interesse der Wahrung der Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen halten wir auch weiterhin entschieden an einem freien Zugang zu Bildung, Kultur und Medien unabhängig von den Einkommensverhältnissen der Eltern fest.

## **Immer am Ball bleiben**

Eine nachhaltige Unterstützung des Breiten- und des Spitzensportes muss über den investiven Bereich hinaus die Personalförderung, speziell im Nachwuchsbereich verstärken und bedarfsgerecht ausbauen.

Im Breitensport sind unsere Schwerpunkte der Kinder- und Jugendsport sowie der Behinderten/Rehabilitations- und Seniorensport. Zur Erfüllung dieser Aufgaben müssen den Vereinen die kommunalen Sportanlagen überall kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Unsere Zielstellung bleibt ein breitgefächertes, ausreichendes Angebot für alle Altersstufen der Bevölkerung.

Dieses Ziel ist allerdings nur durch eine entsprechende Förderung der ehrenamtlich Tätigen, insbesondere bei der zeitweiligen Freistellung sowie im Rahmen der Fortbildung und Qualifizierung, zu erreichen. Deshalb treten wir für die Einführung eines Ehrenamtsgesetzes ein.

Wir treten für eine Erhöhung der investiven Förderung im Sportstättenbereich ein.

Des Weiteren halten wir eine Fortführung der finanziellen Unterstützung der Thüringer Sporthilfe durch das Land für unabdingbar.

Angesichts der Zunahme der Folgen des Bewegungsmangels unserer Kinder, sollte der Schulsport in allen Schularten mit Hilfe neuer Konzepte aktiviert werden .

Dabei muss die bewusste Förderung des kindlichen Bewegungsdranges Priorität vor einer Leistungsorientierung in einzelnen Sportarten haben.

## **Eigenverantwortliche Schule**

Die Schulentwicklung in Thüringen wird gegenwärtig durch Überregulierung und mangelnden Gestaltungsspielraum für die einzelnen Schulen gebremst.

Wir wollen die Rahmenbedingungen erweitern, mit denen es jeder Schule möglich wird, gesellschaftspolitische und demokratische Grundwerte erfolgreich zu vermitteln und ein eigenes pädagogisches Profil zu gewinnen.

Wir wollen die Rahmenbedingungen erweitern, mit denen es jeder Schule möglich wird, ein eigenes pädagogisches Profil zu gewinnen. Dazu gehört die Bereitschaft zu Transparenz und Evaluation. Deshalb fordern wir erweiterte Selbstbestimmungsrechte der Schulen über pädagogische Konzepte zur Qualitätssteigerung, über ganztägiges Schulleben und Öffnung der Schulen zum regionalen Umfeld.

Das erfordert eine angemessene Personalausstattung auf der Grundlage eines langfristig tragfähigen Personalkonzeptes des Landes, das den höheren gesellschaftlichen Erwartungen gerecht wird.

Wir fordern für jede Schule umfassende Rechte der Budgetierung von Finanzen und Personal sowie zur schulbezogenen Stellenausschreibung.



## **Wohnortnahe Schule**

Für eine hohe Qualität der Arbeit an unseren Schulen ist ein uneingeschränktes und leistungsorientiertes Unterrichtsangebot erforderlich.

Deshalb sind längerer Stundenausfall und fachfremde Vertretungen durch den Aufbau einer Lehrerreserve in jedem Schulamtsbezirk nachhaltig zu vermindern. Wir fordern Unterrichtsgarantie für alle Schularten.

Das Schulnetz in Thüringen droht unter den Bedingungen der demographischen Entwicklung durch falsche Vorgaben der Landesregierung über das unvermeidbare Maß hinaus auszudünnen.

Wir wollen materielle und personelle Bedingungen sichern, unter denen kleine Grundschulen, Regelschulen, Gymnasien und Förderschulen über das Schülertal hinweg eine Perspektive erhalten. Deshalb fordern wir eine neue Richtlinie zur Schulnetzplanung, landesweite Anwendung der in Modellversuchen erfolgreich erprobten pädagogischen und schulorganisatorischen Gestaltungsmöglichkeiten kleiner Schulen für alle Schularten sowie eine darauf gerichtete Fortbildung der Pädagogen.

## **Lernwerkstatt Schule**

Der Gleichklang von Chancengleichheit und Leistungsförderung ist ein zentrales Anliegen sozialdemokratischer Bildungspolitik. Neue und steigende Qualifikationsanforderungen dürfen nicht zwangsläufig zu dem Risiko einer sozialen Ausgrenzung führen.

Den unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen und den daraus folgenden Bildungsansprüchen müssen wir mit einem qualitativ hochwertigen und durchlässigen Bildungsangebot entgegentreten. Wir wollen Befähigungen und Begabungen frühzeitig fördern. Hochbegabten müssen wir auf ihren spezifischen Leistungsfeldern besondere Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen.

Wir treten für die Einführung einer Klassenleiterstunde zur Verbesserung der Motivation und der erzieherischen Wirkung der Klassenleiter ein.

Wir wollen eine stärkere Konzentration der schulischen Arbeit auf die sichere Aneignung grundlegender Kulturtechniken und Kompetenzen als Voraussetzung für eine erfolgreiche Schullaufbahn, für Berufsausbildung und für die Bereitschaft und die Befähigung zum lebenslangen Lernen. Das schließt eine frühzeitigere Begegnung mit modernen Kommunikationstechniken und mit Fremdsprachen im Unterricht sowie verstärkte frühzeitige Beziehungen zur realen Arbeitswelt in allen Schularten ein. In diesem Zusammenhang halten wir die Einführung eines berufspraktischen Unterrichts ab der 8. Klasse für angebracht.

Ebenso unterstützen wir im Rahmen des Sozialkundeunterrichts die Einbeziehung von Vertretern der Parteien, Gewerkschaften, sowie Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europapolitikern, um den Kontakt junger Menschen zur Politik zu fördern.

## **Schulsanierung**

Gegenwärtig bestehen gravierende Unterschiede im Sanierungsstand und bei der Ausstattung einzelner Schulen und ganzer Schulträgerbereiche.

Wir wollen deshalb die Schulträger durch Programme der anteiligen Landesförderung zu weiteren Investitionen bei der Schulsanierung und bei der Modernisierung der Ausstattung der Schulen stimulieren. Hierbei ist auf eine behindertengerechte Gestaltung zu achten.

Dabei soll die uneingeschränkte Entscheidungskompetenz für die Schulträger im Interesse der Auswahl regionaler Sanierungsschwerpunkte gewahrt bleiben.

## **Arbeiten und Leben auf dem Lande**

Die Neuausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union und die anstehende Osterweiterung werden die Rahmenbedingungen für die Thüringer Landwirtschaft weiter verändern. Wenn wir unsere ländlichen Räume auch zukünftig als attraktive Lebensorte erhalten wollen, muss dort eine noch stärker aufeinander abgestimmte Förderpolitik helfen, Einkommensalternativen für die arbeitsfähige Bevölkerung zu erschließen.

Neben der notwendigen Wertschöpfung im Agrarsektor, gewinnen deshalb auch moderne, ortsunabhängige Technologien und Branchen für ländliche Räume an Bedeutung. Die Entwicklungskonzepte für unsere ländlichen Räume müssen mit den Agenda-21-Initiativen verknüpft werden.

## **Neuorientierte Abfallwirtschaft**

Mit der flächendeckenden Einführung der Abfallvorbehandlung kommen auf die kommunale Abfallwirtschaftsbetriebe ab 2005 ökologisch und betriebswirtschaftlich anspruchsvolle Aufgaben zu. Wir wollen den Wettbewerb zwischen verschiedenen Vorbehandlungstechnologien, unter Berücksichtigung der mechanisch-biologischen Vorbehandlung, ermöglichen und fördern. Die vorhandenen technisch hochwertigen Deponien müssen auch zukünftig ausgelastet werden. Wichtigstes Ziel dabei ist die Erhaltung sozial verträglicher Gebühren für die Beseitigung von Siedlungsabfällen.

## **Gesunde Umwelt - Gesunde Menschen**

Umwelt- und Naturschutz werden häufig nur als staatliche Aufgabe innerhalb bestimmter Schutzgebiete oder -kategorien begriffen. Ordnungsrechtliche Instrumente im Naturschutz sind in ihrer Kompliziertheit für viele Menschen jedoch kaum noch zu verstehen. Ihre Ergänzung durch modernere politische Ansätze des flächendeckenden Naturschutzes ist zwingend erforderlich.

Schutzgebietsprojekte, wie „Grünes Band“, „Nationalpark Hainich“ oder „Biosphärenreservat Südharz“ werden wir ebenso weiter unterstützen und fördern.

Langfristig wirkende Instrumente, wie Umwelterziehung, Verbraucherschutz und Bürgerbeteiligung, müssen unserer Auffassung nach stärker als bisher in alle gesellschaftlichen Handlungsebenen eingebracht werden.

## **Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bekämpfen**

Angesichts der nicht abbreißenden Serie rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Anschläge und Übergriffe muss der Bekämpfung dieser Tendenzen künftig mehr Gewicht eingeräumt werden. Eine neue Qualität der Debatte dieses Themas ist anzustreben.

Die Rahmenbedingungen des Entstehens dieser Auffassungen sind neu zu bewerten – insbesondere müssen die Verhältnisse in den neuen Bundesländern stärker berücksichtigt werden. Besonderes Gewicht ist auf die Prävention zu legen. Für ein entsprechendes Landesprogramm sind die notwendigen Mittel bereitzustellen. Die Bedeutung von Schule, Elternhaus, Bildung und Jugendarbeit zur Bewältigung dieses Problems ist stärker zu beachten.

Gleichfalls müssen die Möglichkeiten der schnellstmöglichen Strafverfolgung von rechtsextremen und fremdenfeindlichen Straftaten konsequent ausgeschöpft werden. Die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit hat für uns höchste gesellschaftspolitische Priorität.

Es muss für alle potenziellen Täter klar sein, dass es kein Verständnis und keine Toleranz für rechtsextremistische und fremdenfeindliche Übergriffe geben kann und geben wird .

## **Polizei und Bürger**

Die Verhütung von Verbrechen ist im demokratischen Rechtsstaat Aufgabe der gesamten Gesellschaft.

Alle gesellschaftlich relevanten Kräfte sind dabei in die notwendige moderne Präventionsarbeit mit einzubeziehen. Wir sind deshalb dafür, der Bildungs- und Jugendarbeit ein deutlich größeres Gewicht einzuräumen, als das gegenwärtig der Fall ist.

Die Bildung eines Landespräventionsrates, der die örtlichen Initiativen unterstützt, koordiniert und eigene Initiativen ergreift, halten wir für zwingend erforderlich.

Die Thüringer SPD wird mit allen politischen und rechtsstaatlichen Mitteln energisch und konsequent gegen Kriminalität in all ihren Formen vorgehen.

Die Polizei muss zukünftig noch besser in die Lage versetzt werden, dem berechtigten Anspruch der Thüringer Bürger nach Sicherheit gerecht zu werden.

Aus diesem Grund dürfen Polizei- und Personalentwicklungskonzept nicht allein unter fiskalischen Gesichtspunkten betrachtet werden. Entsprechende Finanzmittel für die Bezahlung und Ausrüstung der Polizei stehen im direkten Zusammenhang mit einem angemessenen Schutz der Thüringer Bevölkerung.

Das System der Kontaktbereichsbeamten muss flächendeckend in Thüringen durchgesetzt werden.

## **Aktive Senioren**

Seniorinnen und Senioren sind aktive Teilnehmer an unserem öffentlichen Leben. Sie sind aus der ehrenamtlichen Tätigkeit in Vereinen, Verbänden und Parteien nicht mehr wegzudenken.

Ihren Sachverstand und ihre Erfahrungen möchten wir auf allen Ebenen verstärkt nutzen. Deshalb unterstützen wir die Bildung und die Arbeit kommunaler Seniorenbeiräte.

Menschen im Alter erwarten zu Recht von den jüngeren Generationen Verständnis und Unterstützung.

Wir setzen uns in diesem Zusammenhang für neue Konzepte der Pflege, ihrer Finanzierung und schnellstmögliche Umsetzung ein.

Um ein langes selbständiges Wohnen unserer Senioren zu ermöglichen, werden wir die Einrichtung von Wohnberatungsstellen für seniorenrechtliches und barrierefreies Wohnen vor Ort unterstützen.

## **Selbstbestimmt voran – Menschen mit Behinderung**

Menschen mit Behinderung sind gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft. Ziel unserer politischen Maßnahmen ist es, Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes, selbstverantwortliches und normales Leben der Betroffenen zu schaffen.

Wir setzen uns deshalb für individuell angepasste Bildungs- und Ausbildungsprogramme und die Bereitstellung von ausreichenden behindertengerechten Arbeitsplätzen ein. Das Prinzip ambulant vor stationär ist für uns bindend, insbesondere im Bereich des betreuten Wohnens. Bei der Förderung von Einrichtungen haben integrative Vorrang. Wir stehen weiterhin für einen barrierefreien öffentlichen Personennahverkehr sowie Individualverkehr. In der Landes- und Städteplanung werden wir darauf achten, dass bauliche und technische Barrieren beseitigt bzw. nicht erreicht werden. Wir fordern für Thüringen ein Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderung.

**Die SPD Thüringen ist mit ihren Mitgliedern, Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften ein lebendiger Teil unserer Gesellschaft. Wir haben ein starkes Interesse daran, diese Gesellschaft sozial, demokratisch, zukunftsorientiert und offen zu gestalten.**

**Auf dieser Grundlage bieten wir allen im Land unsere konstruktive Zusammenarbeit an, wenn sie**

- **der sozialen Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft einen hohen Stellenwert beimessen**
- **an der demokratischen Ausgestaltung unseres Gemeinwesens teilnehmen wollen bzw. in Interessenvertretungen und Bürgerinitiativen konstruktiv und engagiert ihre staatsbürgerlichen Rechte einfordern**
- **sich entschieden gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsradikalismus einsetzen**
- **sich bemühen, für unsere Jugend wieder stärker sinnvolle Aktionsräume zu erschließen**
- **bereit sind, von der kommunalen Ebene aufwärts Mitverantwortung zu übernehmen**
- **sich für einen nachhaltigen Umgang mit unseren Umweltressourcen einsetzen.**
- **sich für einen demokratisch gestalteten Integrationsprozess in Europa aussprechen, der die spezifischen Interessenlagen in den Regionen weitestgehend berücksichtigt**
- **sich gegen die dauerhafte Etablierung einer Alleinregierung der CDU in Thüringen einsetzen wollen.**

**Wir werden die kommenden Jahre entschlossen nutzen, um das Vertrauen der Mehrheit der Thüringer Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen.**

Status- und Funktionsbezeichnungen in diesem Positionspapier gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.